

komba magazin

Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst

Oktober 2018 – 20. Jahrgang

10

Altersversorgung am Scheideweg? GenerationenERTRAG statt GenerationenVERTRAG!

dbb Seiten
9 bis 48

Seite 6 <

Starke Partner:
komba und BVLK

Seite 8 <

100 Jahre
Frauenwahlrecht

**Unser Dankeschön für Sie als Leser des dbb magazin:
Luxuriöse Hochseekreuzfahrten 2019 zu Sonderpreisen!**

MS ARTANIA:
Beliebtes, deutschsprachiges
ARD-Fernsehschiff



Amerikanische Westküste

22 Tage / 20 Nächte
Luxuriöse Außenkabinen

schon ab € **2.799,-**
p.P. in der 2-Bett Außen (sichtbehindert)

NUR FÜR SIE ALS LESER:

- Inkl. Hin- & Rückflug ab/bis Frankfurt
- Inkl. Ausflugs Guthaben in Höhe von € 50,- p.P.

Erleben Sie bedeutende Stätten der Maya-Kultur, die Metropole San Francisco, die filmische Traumschmiede Los Angeles und zahlreiche sehenswerte Urlaubsorte zwischen Mexiko und Costa Rica.

IHR ROUTENVERLAUF: Puerto Vallarta (Mexiko), Einschiffung - Puerto Vallarta (Mexiko) - San Diego, Kalifornien (USA) - Catalina Island (USA) - Monterey (USA) - San Francisco, Kalifornien (USA) - Santa Barbara, Kalifornien (USA) - Los Angeles, Kalifornien (USA) - Cabo San Lucas, Baja California (Mexiko) - Mazatlán (Mexiko) - Zihuatenejo (Mexiko) - Huatulco (Mexiko) - Corinto (Nicaragua) - Puntarenas (Costa Rica)

Infos & Buchung auch im Internet: www.rlw-touristik.de/DBB1018-ART214B

Ostern im Mittelmeer

12 Tage / 11 Nächte
Luxuriöse Außenkabinen

schon ab € **1.899,-**
p.P. in der 2-Bett Außen (sichtbehindert)

NUR FÜR SIE ALS LESER:

- Inkl. Ausflugs Guthaben in Höhe von € 100,- p.P.
- Günstige An- & Abreise zubuchbar

Verbringen Sie die Osterfeiertage in 2019 auf hoher See. Es erwartet Sie eine traumhafte Mittelmeer-Kreuzfahrt mit historischen Hafenstädten, geschichtsträchtigen Sehenswürdigkeiten und langen Sandstränden. Freuen Sie sich auf 13 Ziele in 12 Tagen voller unvergesslicher kultureller Höhepunkte.

IHR ROUTENVERLAUF: Marseille (Frankreich) - Barcelona (Spanien) - Tarragona (Spanien) - Benidorm (Spanien) - Alicante (Spanien) - Cagliari (Sardinien, Italien) - Trapani (Sizilien, Italien) - Valletta (Malta) - Kerkyra (Korfu, Griechenland) - Bar (Montenegro) - Kotor (Montenegro) - Split (Kroatien) - Triest (Italien)

Infos & Buchung auch im Internet: www.rlw-touristik.de/DBB1018-ART217

WEITERE INKLUSIVLEISTUNGEN: Vollpension mit Menüwahl an Bord: Früh- und Langschläfer-Frühstück, 11-Uhr-Bouillon, nachmittags Tee und Kaffee mit Gebäck, Mitternachts-Imbiss oder Buffet • Tischwein & Saft des Tages zu den Hauptmahlzeiten • Willkommens- & Abschiedscocktail, Galadinner • Obstkorb in der Kabine • Betreuung durch erfahrene, deutschsprachige Reiseleitung • Bordveranstaltungen und Benutzung der Bordeinrichtungen und Sport- & Wellness-Einrichtungen

Ihr deutschsprachiges ARD-Fernsehschiff: MS ARTANIA

MS ARTANIA, bekannt aus der ARD Serie „Verrückt nach Meer“, überzeugt mit ihrer klassischen Ausstattung. Acht Passagierdecks bieten Ihnen Lounges, Bars und einen großzügigen Wellness-Bereich. Drei Poolflächen, geschützte Liegeflächen und eine Rundum-Promenade laden zum Entspannen ein. Zwei Restaurants und ein Lido-Buffet Restaurant mit Terrasse stehen zur Auswahl, um sich kulinarisch verwöhnen zu lassen. Alle Kabinen liegen außen und sind komfortabel mit Sitzgelegenheit, Klimaanlage, Badezimmer mit WC und Dusche oder Bad, Fön, TV, Telefon, Radio, Kühlschrank/Minibar und Safe ausgestattet.



* mit Sichtbehinderung // *Kabinennummer bei Einschiffung // Diese Reise ist grundsätzlich nicht für mobilitätseingeschränkte Personen geeignet - Personen mit eingeschränkter Mobilität beraten wir gerne vor der Buchung. // REISEDOKUMENTE: Reise 1: Deutsche Staatsbürger benötigen einen noch mind. 6 Monate nach Reiseende gültigen Reisepass sowie für die Einreise in die USA ein ESTA (Kosten ca. 15 USD p.P.). Reise 2: Deutsche Staatsbürger benötigen einen bis 6 Monate nach Reiseende gültigen Personalausweis oder Reisepass. Staatsbürger anderer Nationen informieren wir gerne vor der Buchung über Ihre Einreisebestimmungen - bitte geben Sie uns Ihre Nationalität vor der Buchung an. // Hinweis: Bei Reise 1 werden Szenen für eine neue Staffel der ARD-Erfolgsreihe „Verrückt nach Meer“ gedreht.

IHRE REISETERMINE 2019

Route 1, Amerikanische Westküste: 04.02. – 25.02.19
Route 2, Ostern im Mittelmeer: 17.04. – 28.04.19

IHRE SONDERPREISE <small>(p.P. in €)</small>			
Kat.	Kabine (Deck)	Reise 1	Reise 2
H	2-Bett Außen* (diverse)	2.799,-	1.899,-
I	2-Bett Außen (Glückskabine)°	3.099,-	1.999,-
J	2-Bett Außen (Neptun)	3.199,-	2.099,-
K	2-Bett Außen (Saturn)	3.299,-	2.199,-
PG	2-Bett Balkon (Glückskabine)°	4.099,-	2.799,-
L	2-Bett Außen zur Alleinbenutzung (Saturn)	4.799,-	-
Q	2-Bett Balkon zur Alleinbenutzung (Orion)	5.599,-	-

Weitere Kategorien auf Anfrage.

BEQUEME AN- & ABREISE: Reise 1: Inkl. Hin- und Rückflug ab/bis Frankfurt/M. (30 kg Freigepäck) inkl. Transfer zum/vom Schiff. Bei eventuellem Flug ab/bis Düsseldorf (falls Sonderflüge ab/bis Frankfurt von den renommierten Fluggesellschaften nicht zur Verfügung gestellt werden können) ist Rail&Fly ab/bis Flughafen Frankfurt inklusive. // Zug zum/vom Flug ab € 76,- p.P. buchbar (2. Klasse, auch ICE). Reise 2: An- & Abreise inkl. Zwischenübernachtung auf Hin- & Rückweg mit dem modernen Fernreisebus ab/bis vielen deutschen Städten, u.a. Berlin, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hannover, Köln, München, Nürnberg: ab € 340,- bis € 460,- p.P. / mit renommierten Fluggesellschaften ab/bis vielen deutschen Flughäfen ab € 210,- p.P.

JETZT ANRUFEN und gleich **Vorzugsangebot sichern!**
Persönliche Beratung & Buchung:
06128 / 740 81 60
Öffnungszeiten: MO-SO von 8.00 bis 22.00 Uhr
Vorteilscodes: Reise 1: DBB1018-ART214B / Reise 2: DBB1018-ART217

Unser neuer Kreuzfahrten-Frühbuche-prospekt 2019!
Jetzt gleich kostenlos bestellen und viele weitere Hochsee- & Flusskreuzfahrten entdecken!

RIW TOURISTIK seit 1984
Reisen. Impressionen. Welten.
Veranstalter: RIW Touristik GmbH
Georg-Ohm-Str. 17, 65232 Taunusstein

Änderungen vorbehalten. Es gelten die Reisebestätigung, die Sie nach Buchung erhalten und die AGB der RIW Touristik GmbH (auf Wunsch Zusendung der AGB vor Buchungsabschluss). Mit Aushändigung des Sicherungsscheines ist eine Anzahlung in Höhe von 20% des Reisepreises fällig. Restzahlung 30 Tage vor Reiseantritt, anschließend erhalten Sie Ihre Reiseunterlagen. Verfügbarkeit, Druck- und Satzfehler vorbehalten. **Datenschutzinformationen:** Wir sind daran interessiert, die vertrauensvolle Kundenbeziehung mit Ihnen zu pflegen und Ihnen Informationen und Angebote zukommen zu lassen. Deshalb verarbeiten wir auf Grundlage von Artikel 6 (1) (f) der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (auch mit Hilfe von Dienstleistern) Ihre Daten, um Ihnen Informationen und Angebote von uns zuzusenden. Wenn Sie dies nicht wünschen, können Sie jederzeit bei uns der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen (Telefon: 06128/740810, E-Mail: werbung@rlw-touristik.de). Weitere Informationen zum Datenschutz erhalten Sie unter www.rlw-touristik.de/Datenschutz. Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie ebenfalls unter unserer Anschrift.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Ergebnisse der „Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2018“ sind insbesondere für die kommunale Ebene ein großer Erfolg. Sie beweisen, dass die Bürgerinnen und Bürger kommunale Behörden und Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, Straßenreinigung und Krankenhäuser für besonders wichtig erachten. Die entsprechenden Berufsgruppen haben dabei ein hohes Ansehen, wobei an erster Stelle abermals die Feuerwehrbeamtinnen und -beamten angesiedelt sind.

70 Prozent der Befragten plädieren für einen starken Staat, der die Bürgerinnen und Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen kann. Dementsprechend ist die überwiegende Mehrheit (66 Prozent) der Überzeugung, der Staat verschlingt für seine Aufgaben keineswegs zu viel Steuergeld, bei den 14- bis 29-Jährigen sind es sogar 73 Prozent.

Angesichts dieser Werte muss man sich über zwei Dinge wundern: Erstens ist es bemerkenswert, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst es trotz der schwierigen Bedingungen schaffen, ihre Aufgaben so professionell zu erfüllen, dass eine derart hohe Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht wird. Und zweitens ist nicht nachvollziehbar, dass die Politik nicht angemessen auf den offensichtlichen Bürgerwillen reagiert, der sich schon seit Jahren abzeichnet.

Dass die Kommunen und ihre Einrichtungen wertgeschätzt werden, ist dagegen keine Überraschung: Hier besteht der direkte Bürger/-innen-Kontakt mit dem Staat, hier werden die meisten öffentlichen Aufgaben erfüllt, hier ist vor Ort sichtbar, was den öffentlichen Dienst ausmacht, hier wird Demokratie praktiziert und Ehrenamtlichkeit großgeschrieben.

Genau aus diesen Gründen ist es so wichtig, dass die Leistungsfähigkeit der kommunalen Ebene gewährleistet ist. Jene wird aber zunehmend gefährdet. Die Probleme bei Stellenbesetzungen, bei der Erhaltung der Infrastruktur, bei der Finanzierung kommunaler Angebote und beim Abbau der Schuldenberge sprechen für sich. Und das in einer Zeit, in der die Steuerquellen eigentlich sprudeln.

Deshalb müssten jetzt notwendige Weichenstellungen erfolgen: Die Schaffung konkurrenzfähiger und motivierender Arbeits- und Einkommensbedingungen, die – auch in Anbetracht der Digitalisierungsprozesse – erforderliche Weiterentwicklung der Verwaltungs(infra)strukturen und die Gewährleistung einer auskömmlichen Finanzausstattung insbesondere der kommunalen Ebene.

Doch es werden stets Gründe gefunden, das alles nicht anzugehen. Mal sind andere Dinge wichtiger, mal fehlt es an Vereinbarungen im Koalitionsvertrag, mal müssen noch genauere Analysen vorgenommen werden und mal sind Zuständigkeiten sowie Finanzströme zu lähmend. Und wenn nichts mehr hilft, dann werden alle politischen Kräfte auf die Flüchtlingsituation oder die Verwendung einzelner Bundesbeamter konzentriert. Viel zu häufig dominieren oberflächliche Debatten, die eher durch das Ziel gekennzeichnet sind, den jeweiligen politischen Gegner anzugreifen anstatt durch zielorientierte Sacharbeit tragfähige Konzepte zu entwickeln. Das führt zwangsläufig zu unbefriedigenden Ergebnissen sowie Politikverdrossenheit.

Als komba gewerkschaft lassen wir uns nicht von unserer Überzeugung abbringen: Gut aufgestellte öffentliche Verwaltungen und Betriebe vor Ort sind eine unverzichtbare Voraussetzung für einen funktionierenden Rechts- und Sozialstaat. Es ist gut, dass wir auf immer mehr Zustimmung stoßen. Der politische Durchbruch muss aber gelingen, bevor die Wirtschaftskraft wieder zurückgeht oder die Zinsen spürbar steigen und damit wieder ein neues Gegenargument vorgeschoben werden kann.

Ihre komba Bundesleitung

> Impressum

Herausgeber: Bundesleitung der komba gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081687-0. **Telefax:** 030.4081687-9. **E-Mail:** bund@komba.de. **Internet:** http://www.komba.de. **Redaktion:** Stefanie Frank (sf), Bettina Fügemann (bf), Dana Hauke (dh), Jasmin Jestel (jj), Stefanie Richter (sr), Kai Tellkamp (kt). **Fotos:** dbb/Jan Brenner, komba hessen, Friedhelm Windmüller, komba sachsen-anhalt, USA_Reiseblogger/pixabay.com, Kalh/pixabay.com. **Titelbild:** © kirkandmimi/pixabay.com. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen komba magazin:** bildungs- und service GmbH, Steinfelder Gasse 9, 50670 Köln. **Telefon:** 0221.135801. **Bezugsbedingungen:** Für Mitglieder der komba gewerkschaft ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für Nichtmitglieder beträgt der Abonnementpreis 16 Euro zzgl. Versandkosten.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Gestaltung:** Benjamin Pohlmann. **Verlag:** dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 59 (dbb magazin) vom 1.10.2017. **Druckauflage:** dbb magazin: 597 683 (IVW 2/2018). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Beiträge und Leserbriefe:** Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Keine Haftung für unverlangte Einsendungen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

> komba

- > Altersversorgung: Klare Linie und Sicherheit nötig 4
- > Kooperation mit Tradition: komba und BVLK 6
- > komba hessen kritisiert: Pflegekräfte übernehmen das Anlegen von Fesseln 6
- > 100 Jahre Frauenwahlrecht: Ein Meilenstein 8
- > komba stellt weiter Vorsitz im dbb sh 8
- > Neue Impulse für Gewerkschaftsarbeit in Sachsen-Anhalt 8
- > Update: Bundesfernstraßen 8

> dbb

- > 9. Meseberger Zukunftsgespräch 9
- > Konferenz „PKV digital & aktuell“ 10
- > Stellungnahme: Für Extremisten ist kein Platz im öffentlichen Dienst 11
- > nachgefragt bei ... Dorothee Bär, Staatsministerin für Digitalisierung im Bundeskanzleramt 12
- > Breitbandausbau: Aufgabe für Generationen 14
- > Creative Bureaucracy Festival: Diskussionen über alle Ebenen 15
- > reportage duraBAST: Leistungstest in Liliput 16
- > Bundesfernstraßenreform: „Wir rätseln, was werden wird“ 20
- > Jahresprogramm 2019: Fortbildung in Zeiten des digitalen Wandels 22
- > Einkommensrunde 2019: Rüstzeug für die Lohnrunde 24
- > IT-Sicherheit: Kompetenz in der Verwaltung aufbauen 26
- > dbb jugend/t@ccker 28
- > Rentenkommision: Generationen an einem Tisch 29
- > Kaum Frauen im Top-Management 30
- > „Mütterrente“: Mit dreierlei Maß gemessen 31
- > dbb bundesseniorenvertretung 32
- > drei fragen an ... EBD-Präsidentin Linn Selle 33
- > Serie 100 Jahre dbb, Teil 4 34
- > Studie zu frühkindlicher Bildung: Personalmangel in Kitas erneut belegt 37
- > Das passende Konto für Berufseinsteiger im öffentlichen Dienst 38
- > Digitale Infrastruktur 40
- > Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst“ 2018: Überregulierung und Diskriminierung bekämpfen 42
- > interview Frank Horch, amtierender Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz 46

Altersversorgung: Klare Linie und Sicherheit nötig

Eigentlich ist doch alles bestens bei der Altersversorgung: Die Steuereinnahmen sprudeln, sodass die Pensionen locker finanziert werden können. Auch die Rentenversicherung weist einen Milliardenüberschuss aus. Dennoch sorgt das Thema Altersversorgung immer wieder für Verunsicherung.

Das liegt daran, dass die Politik es nicht schafft, eine transparente Debatte zu führen, die in Ergebnissen mit einem allseits akzeptierten Konsens mündet. Stattdessen wird kurzfristig mit Blick auf die Kassenlage agiert.

■ Vorgesehene Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung

Derzeit läuft ein Gesetzgebungsverfahren, mit dem die Koalitionspartner einige ihrerseits vereinbarte Maßnahmen umsetzen wollen. Zum einen geht es um die Stabilisierung des heutigen Rentenniveaus und der Beiträge auf höchstens 20 Prozent. Doch wenn der aktuelle Blick des Gesetzgebers bereits im Jahr 2025 den Horizont erreicht, stellt sich nicht nur für junge Menschen die Frage, wie es bei ihnen aussieht. Die Rentenversicherung geht sogar davon aus, dass bereits im Jahr 2023 der Beitragssatz von derzeit 18,6 auf zunächst bis 19,3 Prozent angehoben werden muss.

Das vorgesehene Gesetz beinhaltet außerdem Leistungsverbesserungen. Diese sind, isoliert betrachtet, grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings mangelt es dem Gesetzentwurf an Konsequenz: So betreffen Verbesserungen bei Erwerbsminderungsrenten lediglich Neufälle und Verbesserungen bei der Mütterrente sind für Eltern mit drei und mehr Kindern vorgesehen.

Noch viel kritikwürdiger ist die geplante Finanzierung der Leistungsausweitungen: Obwohl die Kindererziehung im gesamtgesellschaftlichen Interesse liegt und mithin aus Steuermitteln finanziert wer-

den müsste, werden die Rentenversicherungsbeiträge angezapft. Die Versuchung ist angesichts der aktuellen Überschüsse groß. Doch erstens sind deren Tage gezählt, denn die Rentenansprüche der geburtenstarken Jahrgänge stehen noch aus. Und zweitens wird durch die Zusatzausgaben eine eigentlich vorgesehene Absenkung des Beitrages zur Rentenversicherung um 0,3 Prozentpunkte verhindert.

■ Sachwidrige Debatten über die Beamtenversorgung

Auch der Umgang mit Beamtinnen und Beamten ist häufig alles andere als fair. Regelmäßig sind aus den Reihen der Politik Forderungen zu vernehmen, sie sollen in die gesetzliche Rentenversicherung integriert werden.

Pensionen werden aus Steuermitteln getragen. Aus was auch sonst? Die Beamten arbeiten für den Staat, ihr Einkommen muss aus staatlichen Einnahmen finanziert werden. Würden Beiträge für die Altersversorgung erhoben werden, wäre das nichts anderes. Allerdings würde ein solcher Systemwechsel der Rentenversicherung nicht nur zusätzliche Einnahmen, sondern vor allem zusätzliche Ausgaben durch entsprechende Rentenansprüche bescheren. Außerdem darf nicht ignoriert werden, dass die Rentenversicherung einen erheblichen Jahreszuschuss erhält – in Kürze wird die 100-Milliarden-Euro-Grenze geknackt. Finanziert aus Steuergeldern, zu denen alle Statusgruppen beitragen.

Entgegen vieler Behauptungen tragen Beamtinnen und Beam-



te zu ihrer eigenen Altersversorgung bei. Denn ihr Grundgehalt ist aus diesem Grund abgesenkt. Dazu trägt auch die Versorgungsrücklage bei, finanziert durch abgesenkte Besoldungsanpassungen. Diese Wirkung entfaltet sich nicht nur im jeweiligen Jahr der Absenkung, sondern unbefristet in allen Folgejahren. Aufgeräumt werden muss auch mit dem Vorurteil, die Pensionen sind zu hoch. Die meisten Beamtinnen und Beamten sind hochqualifiziert und haben eine ununterbrochene Erwerbsbiografie, was auch bei der Rentenversicherung zu höheren Ansprüchen führt.

Zudem erfüllt die Beamtenversorgung nicht nur die Funktion der Rente, sondern auch der betrieblichen Altersversorgung; auch deshalb hinken viele Vergleiche. Hinzu kommt, dass Beamtinnen und Beamte die Pension voll versteuern und Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung leisten müssen.

■ Generationenertrag statt Generationenvertrag

Im Zusammenhang mit der Altersversorgung wird häufig vom Generationenvertrag gesprochen. Sinnvoller wäre es,

den Generationenertrag in den Vordergrund zu stellen, indem deutlich wird, dass alle Generationen dauerhaft von einem sinnvollen System profitieren. Die Jüngeren von überschaubaren und planbaren Aufwendungen und die Älteren von einer auskömmlichen Versorgung. Hinzu kommt, dass alle Generationen vom System des Berufsbeamtenprofessions profitieren, denn es gewährleistet einen funktionsfähigen Staat.

Die Altersversorgung im öffentlichen Dienst – sowohl die Beamtenversorgung als auch die Zusatzversorgung für Tarifbeschäftigte – müsste sogar viel stärker als Argument bei der Personalgewinnung eingesetzt werden. Eine funktionierende Stellenbesetzung liegt im gesamtgesellschaftlichen Interesse.

All das erfordert eine Änderung des politischen Umgangs mit der Altersversorgung. Notwendig sind eine transparente und verlässliche Regelung der Ansprüche sowie eine klare Abgrenzung, wann Steuermittel eingesetzt werden. Dazu gehört eine wirksame Vermeidung von Altersarmut durch auskömmliche Mindestansprüche. Benötigt wird auch Klarheit darüber, in welchem Umfang Eigenvorsorge betrieben werden muss, um den bisherigen Lebensstandard zu erhalten. Das kann jedoch nur bei einer dafür ausreichenden Einkommenshöhe erwartet werden. Dabei muss langfristige Planungssicherheit für die Menschen gewährleistet sein.

Die komba gewerkschaft und der dbb bleiben am Ball – für eine gute und mutige Politik zur Altersversorgung. (kt)

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der Bedarfsanalyse für Berufsstarter.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Gerade im Job angefangen und schon an mögliche Risiken denken? Ja, denn je früher umso günstiger. Und einige Versicherungen sind einfach unverzichtbar. Welche, zeigt unsere Bedarfsanalyse:

- ✓ **Krankheit:** Profitieren Sie von günstigen Ausbildungskonditionen und sichern Sie sich heute schon gegen steigende Kosten ab.
- ✓ **Dienstunfähigkeit:** Finanzielle Sicherheit mit bezahlbaren Beiträgen.
- ✓ **Berufshaftpflicht:** Vermeiden Sie eine persönliche Haftung, falls Sie im Job einen Schaden verursachen.

Die DBV bietet maßgeschneiderte Versicherungslösungen für den Öffentlichen Dienst. Und das schon seit über 140 Jahren. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de

Empfohlen vom



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah

Eine Marke der AXA Gruppe



Kooperation mit Tradition: komba und BVLK

Die Partnerschaft zwischen der komba gewerkschaft und dem Bundesverband der Lebensmittelkontrolleure (BVLK) feiert Geburtstag. Seit 25 Jahren setzen sie sich gemeinsam für die Beschäftigten und einen größeren Verbraucherschutz ein.

Lebensmittelsicherheit ist ein hohes Gut. Wann immer Skandale in diesem Bereich öffentlich werden, wird das Bedürfnis nach Verbraucherschutz und Transparenz einmal mehr sichtbar. Die Lebensmittelkontrolleure kümmern sich Tag für Tag um Überwachung und Kontrolle von Hygiene-

vorschriften. Und wer sorgt für die Belange



> Bekräftigten die Fortführung der Kooperation: Maik Maschke, Anja Tittes, Andreas Hemsing und Klaus Torp (von links).

der Kolleginnen und Kollegen? Das machen komba gewerkschaft und BVLK seit 1993 zusammen.

Um diese Partnerschaft zu stärken und Eckpunkte für eine noch intensivere Zusammenarbeit festzulegen, traf sich der komba Bundesvorsitzende Andreas Hemsing mit BVLK-Bundesvorsitzender Anja Tittes, deren Stellvertreter Maik Maschke und dem BVLK-Tarifbeauftragten Klaus Torp in Berlin. Dabei ging es unter anderem um die Novellierung der Berufsordnung der Lebensmittelkontrolleure (LKonV). Hierzu werden in der

kommenden Zeit weitere Gespräche folgen.

Beide Seiten bekräftigten, ihre Kooperation durch Anpassungen der gemeinsamen Vereinbarung in die nächsten Jahre eines erfolgreichen Miteinanders zu führen. „Uns verbindet seit vielen Jahren eine vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit. Deshalb werden wir uns weiterhin gemeinsam für einen erhöhten Verbraucherschutz in Deutschland und damit eng verbunden für angemessene Arbeits-, Besoldungs- und Vergütungsbedingungen stark machen. Auf die weitere Kooperation freue ich mich“, sagte Hemsing zum Abschluss des Treffens. (sr, sf)

komba kritisiert:

Pflegekräfte übernehmen das Anlegen von Fesseln

Die Überschrift des Artikels lässt es bereits vermuten. Irgendetwas läuft gehörig schief, wenn examinierte Pflegekräfte statt geschulter Sicherheitsdienste verurteilten Straftätern Hand- und Fußfesseln für den Transport außer Haus anlegen müssen. Aktuelles Beispiel, das hessische Hadamar. Aber auch in weiteren forensischen Kliniken ist dieser Zustand Alltag.



> Stefan Eid (ehemaliger Betriebsratsvorsitzender VITOS Klinik Hadamar), Richard Thonius, Professor Robert Rossbruch (Rechtsanwalt), Heini Schmitt (Landesvorsitzender des dbb hessen) und Frank Regenfuß (Vorsitzender komba Kreisverband Hadamar) (von links).

Die komba hessen hat Ende August ein in Auftrag gegebenes Gutachten zum Thema „Berufs- und arbeitsrechtliche Aspekte der Überwachung und Sicherung forensischer Patienten (verurteilter Straftäter) durch dreijährig examiniertes Pflegepersonal am Beispiel des Anlegens von Hand- und Fußfesseln“ veröffentlicht.

Das Gutachten kommt zu folgendem eindeutigen Ergebnis, wie der Landesvorsitzende der komba hessen, Richard Thonius, bei der Präsentation erläuterte: „Krankenschwestern und -pfleger können aus arbeitsrechtlichen Gründen nicht verpflichtet werden, die freiheitsentziehenden Aufgaben wahrzunehmen. Das Land Hessen kommt seiner Pflicht nicht nach. Es hat dafür Sorge zu tragen, dass hier entsprechendes

Wach- und Sicherheitspersonal eingesetzt wird.“

Im Bereich der privatisierten Kliniken ist vielfach der Abbau von speziell geschultem Wach- und Sicherheitspersonal festzustellen. Kosten werden somit auf dem Rücken der Pflegekräfte eingespart. Gespräche mit den Verantwortlichen, auch seitens des hessischen Sozialministeriums, blieben bislang ergebnislos. Um gezielt auf die Situation der Beschäftigten aufmerksam zu machen und diese zu schützen, hat die komba hessen sich zu diesem Schritt entschieden. Alle Beteiligten erhoffen sich nun eine angemessene und schnelle Reaktion der Verantwortlichen.

(dh, sf)

Informationen:
www.komba-hessen.de

10 Jahre
10 Gewinne
Jetzt mitmachen!
www.dbb-vorteilswelt.de

W
W
DoppelVorteil

Wohnwünsche realisieren – doppelt profitieren. **Kompetente Beratung und exklusive Vorteile** **für Sie und Ihre Familie.**

Ganz gleich ob Sie kaufen, modernisieren oder bauen wollen. Vertrauen Sie dabei auf die Kompetenz und Sicherheit bei Wüstenrot - der Bausparkasse für den öffentlichen Dienst. Informieren Sie sich jetzt über den speziellen Doppelvorteil für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen (Ehe-/Lebenspartner, Kinder, Enkel): Sie sparen 50% der Abschlussgebühr beim Wüstenrot Wohnsparen und erhalten einen attraktiven Zinsvorteil für Wüstenrot Wohndarlehen.

Mehr Informationen im Internet unter www.dbb-vorteilswelt.de.
Gleich beraten lassen oder einen Termin vereinbaren unter
030/4081 6444.

Wüstenrot Bausparkasse
und dbb vorsorgewerk

10 Jahre
2008 - 2018
Partnerschaft



wüstenrot

Wünsche werden Wirklichkeit.



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah



100 Jahre Frauenwahlrecht: Ein Meilenstein

Der 12. November 1918 gilt als Geburtsstunde der Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland. Eine immense Errungenschaft. Doch: Wo stehen Frauen 2018?

Zu den Meilensteinen der Gleichstellung gehört zweifelsohne das Wahlrecht für Frauen. Inzwischen steht mit Angela Merkel eine Frau an der Spitze der deutschen Politik und im Bundeskabinett spiegelt sich die selbstverständliche Teilhabe der Frauen ebenso deutlich wider. Aber eben jene Erfolge täuschen darüber hinweg, dass auch 70 Jahre nach der Festschreibung der Gleichberechtigung im Grundgesetz nach wie vor strukturelle Benachteiligungen für Frauen bestehen.

In den Parlamenten der einzelnen Bundesländer ist der Frau-

enanteil mit rund 33 Prozent und auf kommunaler Ebene mit nur noch 24 Prozent geringer als im Bund. Der Anteil der Bürgermeisterinnen liegt bundesweit beispielsweise nur unter zehn Prozent.

Elke Stirken, Vorsitzende des komba Ausschusses für Frauenpolitik und Gleichstellungsfragen, sagt: „Im öffentlichen kommunalen Dienst beträgt der Anteil der Frauen 63 Prozent, jedoch derjenigen in Führungspositionen lediglich um 30 Prozent. Es besteht Nachholbedarf, damit der Frauenanteil in Führungspositionen dem

im öffentlichen Dienst insgesamt entspricht.“

Die Gründe für diese Entwicklungen sind vielfältig. Hauptsächlich sind es in der Regel immer noch zumeist Frauen, die trotz der Möglichkeiten der Elternzeit und des Elterngeldes, die Hauptverantwortung für Kinder und Familie übernehmen und somit in Berufs- und Karrieresicht oftmals zurückstecken. Daher muss der Fokus darauf liegen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu erleichtern.

Zudem darf Teilzeitbeschäftigung kein Karrierekiller mehr sein. Nur eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern ermöglicht eine gesunde und lebendige Demokratie.

■ Frau, trau dich!

Mareike Klostermann, stellvertretende komba Bundesvorsitzende, macht deutlich: „Wenn die Entscheidungsträger im Bundestag, in den Länderparlamenten, auf kommunaler Ebene und in den Behörden größtenteils Männer sind, wird sich für die Frauen kurzfristig keine positive Veränderung einstellen. Die Frauen sind selbst gefragt, sich für ihre Belange einzusetzen. Machen Sie mit! Jede auf ihrer Ebene und in ihrem Einflussbereich! Frau, trau dich!“ (jj, sf)

komba stellt weiter Vorsitz im dbb sh

Der stellvertretende komba Bundesvorsitzende Kai Tellkamp bleibt Landesvorsitzender beim dbb Schleswig-Holstein.

Die Delegierten haben ihn mit großer Mehrheit bestätigt.

Gratulationen überbrachten der Zweite komba Bundesvorsitzende Hubert Meyers und dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach.

Der Landesgewerkschaftstag stand unter dem Motto



► Ulrich Silberbach, SH-Ministerpräsident Daniel Günther und Kai Tellkamp (im Vordergrund von links).

„Hinten anstellen war gestern“. Damit wurde verdeutlicht, dass es die Beschäftigten

im öffentlichen Dienst leid sind, auf der Prioritätenliste meist hinten zu stehen. (kt)

> Neue Impulse für Gewerkschaftsarbeit

Der komba Bundesvorsitzende Andreas Hemsing sprach im September mit Bettina Függenmann (Landesvorsitzende der komba Sachsen-Anhalt), ihrem Stellvertreter Dennis Amey und Bundesjugendleiter Christian Dröttboom über eine geplante Neuausrichtung der komba Sachsen-Anhalt. Thema dabei waren auch die Förderung der örtlichen Jugendarbeit sowie die Zusammenarbeit mit anderen Landesorganisationen. (bf, sf)



► Sprachen über Veränderungen: Andreas Hemsing, Bettina Függenmann, Dennis Amey und Christian Dröttboom (von links).

> Update: Bundesfernstraßen

Die Verhandlungen zur Gründung der Infrastrukturgesellschaft (IGA) sind Ende September gestartet. Einigkeit besteht darüber, dass es zwei Tarifverträge geben soll: einen für die Beschäftigten der IGA („TV IGA“) und einen Einführungs- und Überleitungsvertrag („EÜTV IGA“).

Die Verhandlungen werden bis Ende Oktober fortgesetzt. Mit am Tisch für die Beschäftigten sitzt der komba Bundesvorsitzende Andreas Hemsing. (sf)

Weitere Details unter: www.komba.de